

A N T W O R T

zu der

Anfrage der Abgeordneten Jasmin Maurer (PIRATEN)

betr.: Beratungshilfe im Saarland

Vorbemerkung der Fragestellerin:

„Eine der wichtigsten Errungenschaften unseres Rechtsstaates ist es, eine effektive Rechtsverfolgung unabhängig von Einkünften oder Privatvermögen grundsätzlich für jedermann zu gewährleisten. Ein Instrument, um den Zugang zum Recht sicher zu stellen, ist hierbei die Übernahme der Beratungshilfe als gesetzliche Verpflichtung. Hierfür verlangt der Gesetzgeber von der Anwaltschaft als Opfer den Verzicht auf die Regelgebühren. Da die Beratungshilfe schon im Vorfeld einer gerichtlichen Auseinandersetzung gewährt werden kann, ist es möglich, dass sich durch die vorprozessuale Einschaltung eines Anwalts eine Austragung des Rechtsstreits vor Gericht vermeiden lässt. Laut Angaben auf der Homepage des saarländischen Ministeriums der Justiz ergebe sich aus der vom Bundesamt für Justiz vorgelegten Beratungshilfestatistik für 2011, dass im Saarland in knapp 17.000 Fällen Beratungshilfe gewährt und hierfür ein Betrag von insgesamt knapp 1,5 Millionen Euro aufgewandt worden sei.“

In wie vielen Fällen haben Bürgerinnen und Bürger des Saarlandes an Saarländischen Amtsgerichten seit 2007 Beratungshilfe nach dem Beratungshilfegesetz (BerHG) persönlich in den Rechtsantragsstellen mündlich oder schriftlich beantragt und wie oft wurde ihnen dort die Beratungshilfe nicht bewilligt? (Bitte nach einzelnen Amtsgerichten, mündlicher oder schriftlicher Antragstellung und Jahren aufschlüsseln)

- a) Bitte nennen Sie die Anzahl der Fälle untergliedert nach Rechtsangelegenheiten (allgemeines Zivilrecht, arbeitsrechtliche Angelegenheiten sowie Angelegenheiten des Verwaltungs-, Verfassungs- und Sozialrechtes).

Zu Frage 1:

Die Zahl der Anträge wird nicht statistisch erfasst und kann auch im Nachhinein nicht festgestellt werden, da nur bei einer schriftlichen Antragstellung, bei Erteilung eines Beratungsscheins und nach schriftlicher Ablehnung eine Akte angelegt wird. Somit werden alle mündlich gestellten Anträge nicht erfasst, unabhängig davon, ob sie durch die Amtsgerichte selbst gemäß § 3 Abs. 2 BerHG erledigt werden, ein Hinweis auf andere Beratungsmöglichkeiten erfolgt oder ob die Anträge mangels Vorlage der erforderlichen Unterlagen oder aus anderen Gründen abgewiesen werden.

Die Zahlen, in denen ein Berechtigungsschein auf unmittelbaren Antrag der/des Rechtssuchenden erteilt wurden, sind in der folgenden Statistik dargestellt:

Amtsgericht	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saarbrücken	2.262	2.779	1.996	2.007	1.735	1.708
Homburg	1.183	973	1.240	1.103	1.133	876
Lebach	437	348	508	667	561	422
Merzig	667	637	731	1.097	1.122	928
Neunkirchen	538	718	805	855	843	884
Ottweiler	278	388	410	482	357	411
Saarlouis	1.166	1.254	1.099	1.125	966	1.017
St. Ingbert	282	298	392	355	348	342
St. Wendel	623	675	1.046	1.066	1.183	1.047
Völklingen	254	319	384	624	560	453

Die Fälle, in denen ein Antrag auf Beratungshilfe schriftlich zurückgewiesen wurde, ergeben sich aus der folgenden Statistik:

Amtsgericht	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Saarbrücken	47	50	47	74	105	79
Homburg	0	107	87	3	3	128
Lebach	0	2	0	2	0	37
Merzig	24	22	12	12	6	23
Neunkirchen	33	23	34	62	81	145
Ottweiler	109	79	140	26	165	47
Saarlouis	4	1	2	5	2	103
St. Ingbert	5	0	0	7	1	14
St. Wendel	6	5	1	2	0	4
Völklingen	4	18	19	50	18	11

Zu Frage 1a):

Eine Untergliederung nach Rechtsangelegenheiten wäre nur durch eine händige Auswertung jeder einzelnen Rechtsberatungsakte möglich. Eine statistische Erfassung erfolgt nicht. Bei durchschnittlich 17.000 Fällen pro Jahr müsste in etwa in 85.000 Akten Einsicht genommen werden. Die personelle Belastung der Gerichte lässt dies nicht zu.

Eine exemplarische Auswertung der Beratungsakten aus drei über das Jahr 2012 verteilten Monaten (977 Akten) beim Amtsgericht Saarbrücken ergab folgende Verteilung nach Rechtsangelegenheiten:

Sozialrecht	166	16,9 %
Zivilrecht	441	45,1 %
Arbeitsrecht	44	4,5 %
Verwaltungsrecht	18	1,8 %
Verfassungsrecht	0	0,0 %
Familienrecht	199	20,3 %
Sonstiges	114	11,6 %

Unter „Sonstiges“ fallen vor allem: Strafrecht (83 Fälle/8,4 %), Nachlasssachen (13 Fälle/1,3 %) und Insolvenzsachen (8 Fälle/0,8 %).

Wie oft und in welchen unterschiedlichen Rechtsgebieten wurde im Zeitraum 2007 bis 2012 saarländischen Anwältinnen und Anwälten die Bewilligung von Beratungshilfe nach dem Beratungshilfegesetz (BerHG) nach erteilter Beratung bzw. Beratung und vorgerichtlicher Vertretung nicht gewährt? [Bitte nach Amtsgerichten, Jahren und Rechtsgebieten (allgemeines Zivilrecht, Arbeitsrecht, Verwaltungsrecht, Verfassungsrecht und Sozialrecht) einzeln aufschlüsseln]

Zu Frage 2:

Die Fälle, in denen die Bewilligung von Beratungshilfe nach dem Beratungshilfegesetz nach erteilter Beratung bzw. Beratung und vorgerichtlicher Vertretung nicht gewährt wurde, werden nicht gesondert erfasst. Statistisch festgehalten werden generell nur alle Fälle, in denen ein Antrag auf Erteilung eines Beratungsscheines schriftlich zurückgewiesen wird. Für die Amtsgerichte des Saarlandes stellt sich dies für den Zeitraum 2007 bis 2012 wie aus der in der Antwort zur Frage 1 wiedergegebenen Tabelle dar.

In wie vielen Fällen wurde durch Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger im Zeitraum 2007 bis 2012 strafrechtlich relevantes Verhalten (insbesondere Betrug gemäß § 263 StGB) bei der anwaltlichen Abrechnung bemerkt und in wie vielen Fällen kam es in der Folge zu einem strafrechtlichen Verfahren?

Zu Frage 3:

Beim Amtsgericht Saarbrücken sind für den abgefragten Zeitraum nur drei Fälle erkennbar, in denen der Verdacht strafrechtlich relevanten Verhaltens von Rechtsanwälten im Zusammenhang mit Beratungshilfe aufgefallen ist. Ein Fall wurde an die Staatsanwaltschaft Saarbrücken abgegeben, ein Fall wird zurzeit noch vom Bezirksrevisor geprüft und in dem dritten Fall kam es zur Einleitung eines Strafverfahrens.

Bei den übrigen Amtsgerichten des Saarlandes sind strafrechtlich relevante Fälle der genannten Art nicht bekannt.

Liegen dem Ministerium der Justiz im Zeitraum 2007 bis 2012 Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern zur Anwaltschaft und zur Rechtsanwaltskammer des Saarlandes hinsichtlich Verstößen gegen die grundsätzliche Pflicht nach § 49a BRAO zur Übernahme der Beratungshilfe durch Rechtsanwälte vor und wenn ja, welcher Art und in wie vielen Fällen?

- a) Ist die Rechtsanwaltskammer dabei im Rahmen ihrer Rechtsaufsicht nach § 62 BRAO tätig geworden und wenn ja, in wie vielen Fällen und in welcher Art und Weise?

Zu Frage 4:

Dem Ministerium der Justiz liegen für den Zeitraum 2007 bis 2012 keine Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern zur Anwaltschaft hinsichtlich Verstößen gegen die grundsätzliche Pflicht nach § 49a BRAO zur Übernahme der Beratungshilfe durch Rechtsanwälte vor.

Auf Rückfrage bei der Rechtsanwaltskammer des Saarlandes wurde mitgeteilt, dass dort nach dem Beschwerdegrund (Verstoß gegen § 49a BRAO) statistisch nicht selektiert werde. Aus der Erinnerung der dortigen Mitarbeiter seien jedoch keine solchen Fälle für den genannten Zeitraum bekannt.

Liegen in allen saarländischen Gerichten Hinweisblätter zur Gewährung von Beratungshilfe für Rechtssuchende aus oder werden Rechtssuchenden Hinweisblätter von Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger zur Verfügung gestellt, ohne dass Rechtssuchende diese Hinweisblätter explizit anfordern müssen, und werden Rechtssuchende auf die Möglichkeit der Erinnerung nach § 6 II BerHG hingewiesen? Wenn nein, warum nicht?

Zu Frage 5:

Die Amtsgerichte des Saarlandes informieren in unterschiedlicher Form über die Möglichkeit der Beratungshilfe. Teilweise finden sich die jeweiligen Hinweise und Formblätter auf der Homepage der entsprechenden Gerichte, teilweise liegen die Informationen auf den Rechtsantragsstellen der Gerichte aus. Die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger der Rechtsantragstellen weisen auf die Beratungsmöglichkeiten hin und sind beim Ausfüllen der Anträge behilflich.

In dem Zurückweisungsbeschluss ist stets die Rechtsmittelbelehrung nach § 6 Abs. 2 BerHG enthalten.